



Evangelische Verantwortung

Februar 1988

Was ich vom Religionsunterricht erwarte

Christean Wagner

Wer die Aufgabe des Religionsunterrichts heute näher bestimmen will, muß sich seine grundlegende Bedeutung für schulische Erziehung und schulischen Unterricht vor Augen führen. Der Schulunterricht baut auf der Erziehung durch die Eltern auf und ergänzt sie.



Dr. Christean Wagner,
Kultusminister des Landes Hessen

Es ist die Glaubenserfahrung der Erwachsenen, letztlich die Gotteserfahrung selbst, die nötigt, sie weiterzusagen und weiterzutragen – an erster Stelle den eigenen Kindern.

Der christliche Lehrauftrag beschränkt sich jedoch nicht auf die eigenen Nachkommen, sondern bezieht alle Kinder und überhaupt alle Menschen mit ein. Mission und Lehre, Verkündigung und Erziehung gehen Hand in Hand. Was aller Welt mitzuteilen ist, ist selbstverständlich vor allem den Kindern weiterzugeben.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mißt der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit sowie dem schulischen Religionsunterricht hohe Bedeutung bei:

„Art. 4 (1): Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

Art. 4 (2): Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

Art. 7 (2): Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

Art. 7 (3): Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. ...“

Das Verhältnis des einzelnen zur Religion wird maßgeblich durch die Erfahrungen mitbestimmt, die er in der religiösen Erziehung als Kind und Jugendlicher gemacht hat. Wie religiös zu erziehen ist und ob man es heute überhaupt noch vermag, ist freilich eine große didaktische und methodische Herausforderung. Viele Eltern sind ratlos, weil ihr eigener Glaube unsicher ist. Die von den Vorstellungen der Naturwissenschaft geprägte technische Alltagswelt und die christliche Überlieferung stehen sich auf den ersten Blick wie zwei unvereinbare Welten gegenüber.

Zugleich spüren nicht wenige Erwachsene, daß damit das Thema Religion für sie nicht abgetan sein kann. Sie suchen für sich selbst und für ihre Kinder überzeugende Antworten auf die Frage nach dem Sinn des Lebens. Die Sinnfrage stellt sich heute neu und radikal anders als in früheren Jahrhunderten. Bereits vor vierzig Jahren hat Dietrich Bonhoeffer während seiner Gefangenschaft hierzu folgendes geschrieben:

„Wir gehen einer völlig religionslosen Zeit entgegen; die Menschen können einfach, so wie sie nun einmal sind, nicht mehr religiös sein... Der Mensch hat gelernt, in allen wichtigen Fragen mit sich selbst fertig zu werden ohne Zuhilfenahme der ‚Arbeitshypothese: Gott‘. In wissenschaftlichen, künstlerischen, auch ethischen Fragen ist das eine Selbstverständlichkeit geworden, an der man kaum mehr zu rütteln wagt; seit etwa 100 Jahren gilt das aber in zunehmendem Maße auch für die religiösen Fragen; es zeigt sich, daß alles auch ohne ‚Gott‘ geht, und zwar ebensogut wie vorher.“ (Widerstand und Ergebung; München 1956)

Bonhoeffer meint damit, daß Gott in der Alltagswirklichkeit zwar meist nicht ausdrücklich geleugnet wird, aber tatsächlich auch von vielen Menschen nicht mehr erlebt wird. Bei Umfragen wie „Glauben Sie an Gott?“ haben viele die Standardantwort bereit: „Ich bin nicht religiös.“ Nach neueren Meinungsumfragen bezeichnen sich ungefähr 50 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland als noch „religiös interessiert“. Nur 15 Prozent der Befragten nennen Religion und Glauben als „häufiges“ Gesprächsthema. Andere Themen wie etwa Beruf, Freizeit und Gesundheit stehen dagegen an vorderer Stelle. Unter Jugendlichen (14 – 19 Jahre) bilden Religion und Glaube für 39 Prozent „oft“ bzw. „gelegentlich“ den Gegenstand ihres Gesprächs. („Kirche und Glauben“, Funkkorrespondenz 30/1982)

3 Welche Gründe gibt es für diese Entwicklung? Die Alltagswirklichkeit wird von einer Haltung bestimmt, in der nicht Gott und die von ihm geschaffene Welt als die alles bestimmende Wirklichkeit in der Mitte stehen, sondern allein noch der Mensch und seine technischen Produkte. Das neuzeitliche Denken ist nicht mehr zentral auf Gott, sondern auf den Menschen bezogen.

Die Folge eines solchen Prozesses war der zunehmende Glaube an die Allmacht des Menschen mit Hilfe seiner technologischen Fortschritte, war letztlich eine anmaßende Selbstüberhöhung nicht nur im Verhältnis zu Gott, sondern auch gegenüber der dinglichen Welt und dem Menschen selbst. Nicht erst seit den beiden Weltkriegen ist dieses Weltbild massiv ins Wanken geraten, ist blinde Fortschrittsgläubigkeit schwer erschüttert worden. Die großen Katastrophen von Menschenhand haben überdeutlich vor Augen geführt, wohin eine allein dem Menschen selbst überlassene Erde doch allzuleicht abzugleiten droht.

Verlangen nach Sinndeutung und Religion

An die Stelle der Fortschrittsgläubigkeit tritt allmählich eine neue Bescheidenheit, die im 19. Jahrhundert und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts so kaum zu beobachten war. Auch die Naturwissenschaften sind davon nicht unberührt geblieben. Sie treten in der Regel nicht mehr mit dem Versprechen auf, alle Welt- und Lebensrätsel zu lösen. Es gibt neben dem, was der naturwissenschaftlichen Methode zugänglich ist, auch andere Aspekte der Wirklichkeit, die für unser Leben nicht weniger bedeutsam sind. Realitäten wie Liebe, Treue, Schuld, Schmerz, Scheitern, Verantwortung, Glück oder Freude erschließen sich dem naturwissenschaftlichen Denken nicht. Wer den Menschen auf seine meßbaren und zerlegbaren Bestandteile reduzieren wollte, beraubte ihn damit eben gerade seines Menschseins.

4 Die Frage nach dem Ziel, dem Zweck, dem Sinn, dem unser Leben und alles Tun dienen soll, ist wissenschaftlich nicht beantwortbar. Die schöpferischen Kräfte des Menschen haben ungeheure Möglichkeiten erschlossen, die Welt zu gestalten – aber auch sie zu verwüsten oder gar zu zerstören. Es stellt sich die Frage nach dem Wozu, nach dem Ziel, ob man auch darf oder soll, was man heute kann. Die Ansprüche der Moral, der Verantwortung und des Gewissens drängen in den Vordergrund.

Seit etlichen Jahren können wir gerade in der jungen Generation ein zunehmendes Interesse, teilweise geradezu ein Verlangen nach Sinndeutungen und Religion feststellen. Ein Ansatzpunkt dafür sind die alltäglichen Sinnerfahrungen. Diese erleben wir in der Begegnung mit anderen Menschen, in der Erfahrung von Liebe, Geborgenheit und Vertrauen. In derartigen Situationen spürt der Mensch, daß sein Leben nicht sinnlos ist. Und gleichsam durch das zwischenmenschliche Sinnerlebnis hindurch offenbart sich uns die größere, übergreifende Liebe Gottes, welche die menschliche erst ermöglicht und recht vollendet.

Der Religionsunterricht muß sich diesen Fragen und damit auch dem Wertewandel in unserer Gesellschaft stellen. Im Mittelpunkt der religionspädagogischen Aufgaben steht nach wie vor die Gottesfrage selbst, steht die Auslegung der Offenbarung Gottes in Jesus Christus in der kirchlichen Glaubenslehre. Die evangelische und die katholische Religionspädagogik nehmen die Traditionskrise, die eingetreten ist, ernst. Sie stellen sich der Auseinandersetzung um Glauben und Unglauben.

Der Religionsunterricht ist gesprächsoffen geworden. Er verbindet die Auslegung biblischer Texte mit den Erfahrungen der Schüler heute und den Auffassungen anderer christlicher Konfessionen und nicht-christlicher Religionen. Er geht davon aus, daß nur ein Unterricht mit freien Aussprachemöglichkeiten Vertrauen schafft. Dazu gehört für die Schüler die Erfahrung, daß auch Erwachsene noch auf dem Weg sind. Wenn diese in den Fragen des Glaubens nicht so tun, als sei ihnen entweder schon alles fraglos klar oder als lohne sich gar kein Nachdenken, sondern sich offen und ehrlich um Wahrheit bemühen, ermutigen sie dazu auch junge Leute.

In der Glaubenserfahrung Martin Luthers ist Gott selbst der Handelnde, der eigentliche Lehrer. Bei diesem Lehrer ist nie auszulernen:

„Können wir das in einer Stunde auslernen, was Gott selbst nicht auslernen kann, der doch daran von Anfang der Welt bis zu Ende lehrt, woran alle Propheten samt allen Heiligen zu lernen hatten, noch immer Schüler geblieben sind und bleiben müssen?“ (Erste Vorrede zum Großen Katechismus)

1) Der Religionsunterricht hat eine besondere Chance. Es ist ihm möglich, Jugendliche in jenen Jahren zu begleiten, in denen sie eine größere Empfänglichkeit für Fragen nach dem Sinn des Lebens sowie der eigenen Identität entwickeln und auch reflexionsfähiger werden.

2) Kindheit und Jugend sind zunächst geprägt von einem Wechsel positiver und negativer Gefühls Erfahrungen, in die das Reden von Gott wie überhaupt alle religiösen Erziehungsansätze eingebettet sind. Den Erfahrungen von Vertrauen und Liebe stehen diejenigen von Angst und Schuld gegenüber. Eine christliche Erziehung, die dem Evangelium gemäß ist, sollte auch emotional Geborgenheit vermitteln und ihre theologischen Inhalte aus der Liebe Gottes zu den Menschen gewinnen.

Ein Beschluß der Gemeinsamen Synode der Bischöfe in der Bundesrepublik Deutschland führt dazu aus:

„Dem gläubigen Schüler hilft der Religionsunterricht, sich bewußter für diesen Glauben zu

entscheiden und damit der Gefahr religiöser Unreife oder Gleichgültigkeit zu entgehen. Dem suchenden oder im Glauben angefochtenen Schüler bietet er die Möglichkeit, die Antworten der Kirche auf seine Fragen kennenzulernen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Er kann somit seine Bedenken und Schwierigkeiten in den Erkenntnisprozeß einbringen. Dem sich als ungläubig betrachtenden Schüler, der sich vom Religionsunterricht nicht abmeldet, ist im Religionsunterricht Gelegenheit gegeben, durch die Auseinandersetzung mit der Gegenposition den eigenen Standort klarer zu erkennen oder auch zu revidieren.“ (Synodenbeschlüsse, 4/1974)

Die Annahme, Jugendliche suchten nur Abnabelung, Selbständigkeit und Freiheit, ist falsch. Junge Menschen sind nicht allein auf „Hinterfragen“ und Kritik aus. Es gibt auch im Jugendalter die wachsende Sehnsucht, Menschen zu finden, zu denen man gehört, und eine gemeinsame Lebensauffassung, die man mit anderen in selbstverständlicher Gewißheit teilt. Selbstfindung vollzieht sich nicht nur im Sinne von Autonomie, sondern auch in der Erfahrung von Übereinstimmung und der Übernahme von Verantwortung für andere.

Daher muß sich die Pädagogik und insbesondere der Religionsunterricht vor dem Irrweg einer einseitig ichbezogenen „Emanzipation“ hüten. Was vorwiegend in den siebziger Jahren mit Schlagwörtern wie „Selbstverwirklichung“, „Lustmaximierung“ und „antiautoritäre Erziehung“ angepriesen wurde, lief auf nichts anderes als auf die Trennung des Kindes von den Eltern und des Jugendlichen von Staat und Gesellschaft hinaus. Der Probst von Neumünster, Karl Hauschildt, sagte dazu vor kurzem:

„Es gibt eine Emanzipation, die alles zerstört: Moral, Sitte, Recht, Religion, Ehe, Liebesfähigkeit, Glaubensfähigkeit.“

Eine solche Art von Emanzipation führt zum Anspruchsdenken und zur Gleichgültigkeit gegenüber der Allgemeinheit und dem Gemeinwesen. In derartigen Denkweisen liegt eine große Gefahr für den jungen Menschen selbst und für die Gesellschaft insgesamt. Als Christen haben wir ihnen entschieden entgegenzutreten. Wir treten stattdessen dafür ein, daß die Nächstenliebe in den Mittelpunkt der Erziehung gerückt wird, daß Freundlichkeit, Geduld, Opferbereitschaft und Fähigkeit zur Vergebung Erziehungsziele werden.

Dem jungen Menschen muß klargemacht werden: Wer die Erfüllung nur in sich selbst sucht, wird unglücklich. Der Sinn des Lebens besteht nicht zuletzt darin, sich für ein Ziel einzusetzen, das über den einzelnen selbst hinausweist. Der Wiener Psychoanalytiker Viktor Frankl hat diese Erkenntnis in dem Satz zusammengefaßt:

„Der Mensch ist nicht auf Glück, sondern auf Sinn angelegt.“

Gott im Mittelpunkt

Daher darf in sachgemäßem Religionsunterricht die elementare Deutung der Inhalte des Glaubensbekenntnisses nicht zugunsten einer moralischen Behandlung von Gegenwartsfragen und gesellschaftlichen Problemen vernachlässigt werden. Der Religionsunterricht ist kein Ort für ideologische Strategien, denen der Glaube nur als willkommener Ansatzpunkt für bestimmte gesellschaftspolitische Interessen dient. Nicht der Mensch, sondern Gott als Schöpfer, Vollender und Richter der Welt und des Menschen und die Geschichte seiner Kirchen stehen im Mittelpunkt religiöser Unterrichtung.

Ganz deutlich darf ich zum Ausdruck bringen:

Wir sollten in unseren Schulen endlich aus dem Mißverständnis herausfinden, Religionsunterricht sei die Fortsetzung der Sozialkunde oder der Gemeinschaftskunde mit anderen Mitteln. So billig ist guter Religionsunterricht nicht zu haben. Der Irrtum, Religionsunterricht diene dazu, die Debattierlust zu befriedigen, könne also auf die Bibel, ein Minimum an „Unterrichtung“ oder Quellenvorgabe und z. B. auf Lieder völlig verzichten, darf mit Rücksicht auf die Kinder in unseren Schulen nicht länger praktiziert werden.

Das Gelingen eines Religionsunterrichts, der den aufgezeigten aktuellen Herausforderungen gerecht

wird, sich dennoch nicht in vordergründigen Tagesfragen erschöpft, sondern den jungen Menschen tragfähige und dauerhafte Einsichten mit auf den Weg zu geben vermag, setzt im christlichen Glauben verwurzelte und engagierte Religionslehrer voraus. Ich wünsche mir Religionslehrer, die wahre Zeugen ihres Glaubens sind, die die Sache des Evangeliums glaubwürdig vertreten und den Schülern unbefangen erschließen. Darin findet ihre eigene Überzeugung zugleich ihr Kriterium und ihren Maßstab.

Biblische Geschichten

Die biblischen Geschichten... mit ihren herrlichen und sehr deutlichen Beispielen des Glaubens sind nützlich zur Erziehung, zur Strafe, zum Unterricht, zum Trost, ja endlich zu allem, was Paulus dem Worte des Glaubens zuschreibt. Denn was sind die biblischen Geschichten anders als das sichtbare Wort oder das Werk des Glaubens, welches uns eben das in der Tat und im Werke lehret, was sonst die heilige Schrift durch Worte und Predigt vorschreibt? Unterläßt man bei den heiligen Geschichten, vom Glauben zu handeln,... so werden die heidnischen Historien weit wichtiger und herrlicher sein. Und demnach muß notwendig folgen, daß ein Herz, das leer vom Glauben ist und der natürlichen Vernunft folget, einen Ekel vor den biblischen Geschichten bekommt, sie verachtet und als nichtswürdige Kleinigkeiten gegenüber den großen Taten der Monarchen in der Welt ansieht.

Martin Luther

Religionsunterricht – zwischen Staat und Kirche

Hans-Dieter Bastian

Was immer progressive oder konservative Geister, Reformen oder Traditionalisten über den Religionsunterricht ausmachen, was theologisch und pädagogisch, schließlich soziologisch oder psychologisch über dieses Schulfach behauptet wird, es ist das einzige, von dem im Grundgesetz ausdrücklich die Rede ist. Was bedeutet das? Mit den Artikeln IV, 1–2 und VII, 2–3 respektiert der Staat seine Unzuständigkeit in Sachen Religion. Er respektiert Transzendenz, also etwas, was den Menschen übersteigt. Oberflächlich betrachtet, kommt damit nur eine bestimmte historische Entwicklungsphase im Verhältnis von Staat und Kirche zum Vorschein. Am oberflächlichsten aber ist der Eindruck, die Existenz des Religionsunterrichts in der staatlichen Schule sei eine Art Fossil aus der Vor-Aufklärung und bedürfe der Emanzipation.

Erstaunlicherweise findet sich bei Verfassungsrechtlern ein größeres Verständnis als bei vielen Theologen für die Tatsache, daß Kirche und Staat in ihrer heutigen Gestalt eine gemeinsame Herkunftsgeschichte zu beachten und zu vertreten haben. Aus dem mittelalterlichen Gesamtpolitikum, das Glaube und Macht, Religion und Politik in einer einzigen Wahrheit vereint sah, entwickelten sich die modernen Konfessionskirchen mit Toleranzverpflichtung, ebenso der moderne Rechtsstaat mit einer säkularen, profanen Legitimität. Galt die Schule über Jahrhunderte als „annexum religionis“ (Westfälischer Friede 1648), so wurde sie mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht zu einem Annex des Staates. Genau an diesem verfassungsge-

schichtlichen Ort findet Religionsunterricht heute statt und ist auf die beständige Kooperation zwischen Staat und Kirche angewiesen.

Die Behandlung des Religionsunterrichts im Grundgesetz setzt also die Existenz und wechselseitige Anerkennung des auf vernünftige Staatszwecke angelegten Gemeinwesens und der auf Gewissen und Bekenntnis orientierten Glaubensgemeinschaften voraus. Dieses Verhältnis, in dem der Religionsunterricht mit Lehrern und Schülern praktisch lebt, existiert nicht statisch, sondern in beständigen Spannungen; d. h. die Partner stehen in der Gefahr, sich andauernd zu gefährden. Die letzten zehn Jahre der Bildungs-, Schul- und Sozialgeschichte in der Bundesre-

publik bieten hier reichlich Anschauungsmaterial. Einerseits gibt es Versuche, mit Hilfe des Religionsunterrichts die Schule zu einem Vorposten kirchlicher Theokratie zu machen. Die geistesgeschichtliche Umwandlung von Religion in Moral, von Glaubensgewißheit in politische Überzeugung bildet dafür den Hintergrund. Eine nicht mehr überschaubare Flut von Unterrichtsmaterialien, die den christlichen Glauben nicht nur an sozialetischen Themen demonstrieren, sondern ihn darauf nivellieren und damit legitimieren, überschwemmt den Religionsunterricht: Politische, wirtschaftliche und soziale Sachverhalte werden dabei nicht selten übersehen oder mit Überzeugungsappellen überspielt. Biblische und theologische Argumente sind dann nur noch Rechtfertigungshilfen für längst vorgegebene Überzeugungen. Auf der anderen Seite fehlt es nicht an Beispielen, den Religionsunterricht in den Dienst parteilicher Interessen zu stellen. Marxistische, sozialistische, emanzipatorische Zugriffe auf Richtlinien und Praxis des Faches sind belegbar, die im Medium des Unterrichts „Herrschaftsverhältnisse“ kritisieren, analysieren, letztlich außerparlamentarisch verändern wollen.

Religion im Unterricht

Der Artikel VII, 3 GG gibt aber weder das Mandat für eine politisierende Religion noch für eine religiös konfessionalisierte Politik. Im Phänomen der Religion wird zur Aufgabe des Unterrichts und der Erziehung, daß der Mensch als weltoffenes, nicht festgelegtes und nicht festlegbares, nicht einmal definierbares Lebewesen zu gelten hat. Religion bedeutet wie Sprechen und Spielen, wie Musik und technische Gestaltung eine menschliche Grundfähigkeit, die der Bildung und Ausbildung bedarf. Religiöse Transzendenz gehört zum Menschen, sowohl zum einzelnen wie zur Gruppe. Die menschliche Suche nach sich selbst dynamisiert die Frage nach Letztgültigkeit, nach dem Ganzen, dem Ursprung und Ziel, dem Sinn. Solche formal-anthropologischen Muster beleuchten den Hintergrund des Problems „Religion im Unter-

richt“. Weil der Mensch nach der Anlage seines Geistes zur Religion wie zur Sprache disponiert ist, würde er in seiner Humanität beschädigt, wenn er der religiösen oder sprachlichen Unterweisung beraubt wäre. Die Schule, die den christlichen Religionsunterricht exkommuniziert, setzt damit ja keineswegs den Schüler frei von Religion, sondern unterwirft ihn einer anderen, in der Regel einer Staatsideologie.

Im Blick auf solche Gefährdungen historischer und aktueller Art hat die Verfassung eine Grundsatzentscheidung mit schulpolitischen und fachdidaktischen Konsequenzen getroffen: Die Religion der Bürger wird weder ignoriert noch instrumentalisiert, sondern „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften“ respektiert. Was diese Grundsätze theologisch und pädagogisch bedeuten, blieb über Jahrzehnte in der Evangelischen Kirche offen. Erst als die Reform-Euphorie der sozialliberalen Ära die Inhalte und Konzeptionen des Religionsunterrichts in Bewegung brachte, nahm 1971 der Rat der EKD durch ein Gutachten Stellung:

„In der heutigen theologischen und kirchlichen Sicht ist das Verständnis des christlichen Glaubens durch folgende Grundsätze gekennzeichnet:

- a) Die Vermittlung des christlichen Glaubens ist grundlegend bestimmt durch das biblische Zeugnis von Jesus Christus unter Beachtung der Wirkungsgeschichte dieses Zeugnisses.
- b) Glaubensaussagen und Bekenntnisse sind in ihrem geschichtlichen Zusammenhang zu verstehen und in jeder Gegenwart einer erneuten Auslegung bedürftig.
- c) Die Vermittlung des christlichen Glaubens muß den Zusammenhang mit dem Zeugnis und Dienst der Kirche wahren...

Die ‚Grundsätze der Religionsgemeinschaften‘ schließen in der gegenwärtigen Situation die Forderung ein, sich mit den verschiede-

nen geschichtlichen Formen des christlichen Glaubens (Kirchen, Denominationen, Bekenntnisse) zu befassen, um den eigenen Standpunkt und die eigene Auffassung zu überprüfen, um Andersdenkende zu verstehen und um zu größerer Gemeinsamkeit zu gelangen. Entsprechendes gilt für die Auseinandersetzung mit nichtchristlichen Religionen und nichtreligiösen Überzeugungen.“

Mit wünschenswerter Deutlichkeit sind hier die fachdidaktischen Maßstäbe genannt, an denen die Auswahl der Inhalte, die Methoden und Medien zu überprüfen sind. Anhand dieser Maßstäbe können auch Lehrer und Schüler fragen, ob sie im Religionsunterricht – evangelisch verstanden – auf dem rechten Weg sind oder nicht. Die Aufgabe des Religionsunterrichts wird danach nicht primär von Lernzielen oder Curricula, nicht von Organisationsbedürfnissen von Politik und Kirche, sondern allein von einer einzigen Sache, vom Umgang mit der Urkunde des Glaubens, verstanden als Zeugnis von Jesus Christus, bestimmt. Diese fundamentaltheologische Fachorientierung hat weitreichende Folgen. Sie ist eine Absage an den religiös verbrämten Humanismus, der als Religion nur noch sozialetische Aktivitäten respektiert, und darüber hinaus an jeden Versuch, die Lehrer und Schüler im Religionsunterricht an etwas anderes zu verweisen als das, was H. Kittel die „Freiheit zur Sache“ genannt hat. Diese Sache der biblischen Botschaft, dargestellt in ihren unendlichen Brechungen und Wirkungen, Fragen und

Aus dem Inhalt:

Was ich vom Religionsunterricht erwarte	1
Religionsunterricht – zwischen Staat und Kirche	4
„Von der Freiheit der Andersdenkenden“	8
Möglichkeiten der Satellitenkommunikation	10
Meine Kirche – Deine Kirche – Unsere Kirche	12
Solidarität mit Stahlkochern und Stahlwalzern	13
Aus unserer Arbeit	14

Antworten, Texten und Kontexten, befreit den Religionsunterricht aus seinen vielfältigen Abhängigkeiten und öffnet auch das zirkuläre Selbstgespräch der pädagogisch Beteiligten für neue, eben für christliche Einsichten: daß der Mensch und sein Menschentum nicht in sich selbst begründet werden können; daß Menschlichkeit gerade verspielt wird, wenn die bewaffnete Moral sie erzwingen möchte; daß nicht nur Sinn, Glück und Friede die biblisch orientierte Erfahrung bestimmen, sondern auch deren Gefährdung und Gegenteil; daß Verborgenheit und Anfechtung (Verzweiflung) unaufhebbare Merkmale christlicher Religiosität darstellen; daß nur der an das Wort gebundene Glaube eindeutig gewiß, die Möglichkeiten der Liebe, in allen sozialen Spielarten, aber vieldeutig und durchaus ungewiß sind; daß die Unterscheidung von Glaube und Tat, von Religion und Politik, von Kirche und Staat Sache des evangelischen, d. h. vom Evangelium geleiteten Gewissens ist.

lieferung bedacht wird, dazu nötig, gegen den Strom der scheinbaren Selbstverständlichkeiten anzuschwimmen und dem Elementarmenschlichen auf den Grund zu gehen.

meinsame Herkunft von Konfessionskirchen und Staat aus den Konflikten der Bürgerkriege. Der Verfassungsrechtler E.-W. Böckenförde schreibt: „Es gehört zur Struktur des freiheitlichen Rechtsstaats



Schüler im Unterrichtsalltag

Die Unterweisung des Gewissens

So verstanden und in Kürze skizziert, wird die zusammenfassende These deutlich: Religionsunterricht versteht sich weder als gesellschaftskritische Universalethik noch als vom jeweiligen Zeitgeist inspirierte Gesinnungskunde, sondern als vom christlichen Glauben geleitete Unterweisung und Erziehung des Gewissens.

In der evangelischen Theologie hat diese Perspektive keiner so deutlich und gegenwartsnah vermessend wie G. Ebeling in seinen Luther-Studien (Band III, 1985):

„Es ist tief beunruhigend, daß auch in der Christenheit vielfach politische Überzeugungen faktisch die Rolle des Credo einnehmen, von dem her das Handeln seine unmittelbare Rechtfertigung erhält und als das eigentlich Rettende und Heilsnotwendige erscheint.

An Luther wäre zu lernen, daß das Gewissensphänomen, wenn es im Zusammenhang biblischer Über-

Statt von Freiheit zu reden, ist nach ihrer Queile zu fragen, die es ermöglicht, von tatsächlich vorhandener Freiheit allererst einen wahrhaft freien Gebrauch zu machen. Statt Sicherheit zu suchen und darüber die Welt an den Abgrund geraten zu lassen, ist nach dem Grund einer Gewißheit zu fragen, die dem eigenen Versagen und Vergehen überlegen ist.

Statt alles vom menschlichen Handeln zu erwarten und dadurch die Menschheit zu überreizen und zu überfordern, ist nach dem zu fragen, was die unbedachte, aber gar nicht genug zu bedenkende Vorgegebenheit menschlicher Aktivität ist, nicht nur der technischen, erst recht auch der moralischen.“

Mit der hier erörterten Blickrichtung auf die unterrichtlich unbedachte, aber gar nicht genug zu bedenkende Vorgegebenheit menschlicher Aktivität ist der Religionsunterricht auch in der Lage, seine Aufgabe in der Schule gegenüber Staat und Gesellschaft plausibel zu vertreten. Erinnerung sei noch einmal an die oben erwähnte ge-

tes, daß er von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann, ohne seine Freiheitlichkeit in Frage zu stellen... Er gründet sich nicht auf eine geoffenbarte Wahrheit, sondern auf vernünftige Zwecke. Er bleibt, nach den Erfahrungen der konfessionellen Bürgerkriege, bewußt im Bereich der Setzungen, im vorletzten Raum. Eben deshalb kann er seine Bürger nicht mit der Unbedingtheit und Kraft einer offenbaren Wahrheit verbinden“.

Wenn der evangelische Religionsunterricht sich der religionspädagogischen Aufgabe widmet, das Letzte im Menschen, das Gewissen, christlich zu unterweisen und zu erziehen, so erweist er der jungen Generation einen Dienst, für den der Staat des Grundgesetzes selbst weder Lehrer noch Erzieher sein darf, obwohl er in den Gewissen seiner Bürger die Voraussetzung seiner eigenen Freiheit erkennen muß. Gewissensfreiheit ist nicht nur ein Lebensprinzip dieses Staates, das mit den Mitteln staatlicher Pflicht nicht zu garantieren ist,

auch nicht mit der Schulpflicht, sondern überdies ein Element evangelischen Glaubens, für das die Kirche beauftragt ist. Im Gewissen der Schüler kennt und anerkennt der Religionsunterricht das principium individuatonis seines pädagogischen und theologischen Handelns.

Die pädagogische Freiheit

Mit dieser Praxis entwickelt die Religionspädagogik als die Berufswissenschaft des Religionslehrers zwar keine Schultheorie, sehr wohl aber eine kritische Bewertung für das schulische Umfeld des Faches. Hier steht es in der Bundesrepublik heute nicht zum besten. Der Bonner Verfassungsrechtler Josef Isensee hat im Streit um die Grundrechte vor zehn Jahren das Dilemma an-

schaulich beschrieben. Er nennt die pädagogische Gewalt des Staates „die empfindlichste aller Staatsgewalten“, „im Vergleich zu der Finanzgewalt und Polizeigewalt leicht wiegen“. „In der Praxis der Staatsschule diktiert die Exekutive die Erziehungsziele mit obrigkeitsstaatlicher Arroganz – unter Ausschaltung der Eltern wie unter Ausschaltung des Parlaments.“ Die tumultartigen Auseinandersetzungen um die Rahmenrichtlinien im Bundesland Hessen sind unvergessen, überdies waren sie nur Symptom für Verhältnisse, die auch in anderen Bundesländern schulpolitisch galten oder gelten. Der als christliche Gewissensunterweisung praktizierte Religionsunterricht kann nur in einer freien Schule gedeihen, die der politischen Konfessionalisierung aller Parteien widersteht. Von dieser Schule in pädago-

gischer Freiheit sind wir heute weiter entfernt als vor Jahrzehnten. Die Unverfrorenheit, mit der die jeweils regierenden Landtagsparteien sich die Schulen als Beuteobjekt politisch unterwerfen und die Schüler als Nachwuchsklientel ihrer Stammwählerschaft behandeln, ist unbeschreiblich. Waren die Erfahrungen der Schule als Annex der Kirchen in früheren Zeiten schon schlimm, als Untertan des Parteienstaats sind sie heute nicht besser geworden. Der Religionsunterricht plädiert, wenn er religionspädagogisch für den freien Umgang mit seiner Sache eintritt, nicht nur für sich selbst, sondern auch für die pädagogische Freiheit einer freien Schule.

Anmerkung: Hans-Dieter Bastian ist Professor an der Evang.-Theolog. Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn, Abteilung Religionspädagogik

Sorgen um den Religionsunterricht

Vor der Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland äußerte sich Präses Gerhard Brandt besorgt über die Situation des Religionsunterrichtes:

„Mit großer Besorgnis beobachten wir die Entwicklung des Religionsunterrichts. Trotz der klaren rechtlichen Vorgaben und des anerkanntermaßen wichtigen Beitrages des Religionsunterrichts zum Bildungs- und Erziehungsauftrag der öffentlichen Schulen ist die Situation dieses Faches wegen des andauernden Lehrermangels höchst unbefriedigend. Zwar konnten in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz zum Schuljahresbeginn 1987/88 noch einige wenige Lehrer an Sonderschulformen eingestellt werden, doch ist schon heute vorauszusagen, daß in absehbarer Zeit an vielen Grund-, Haupt- und Sonderschulen kein einziger Fachlehrer für Religion mehr vorhanden sein wird. Die Folge des sogenannten „Einstellungsstopps“ werden sich in den nächsten Jahren katastrophal auswirken. Die Zahl der Studienanfänger im

Fach Religion sinkt drastisch, sie sehen keine Berufsperspektive.

An den Gymnasien ist die Situation des Religionsunterrichts regional sehr verschieden, doch kann im ganzen auch hier von einer ausreichenden Versorgung nicht die Rede sein. Erschwert wird die Arbeit der Fachlehrer an dieser Schulform zusätzlich durch oft hohe Abmeldequoten der Schüler. In der Öffentlichkeit scheint sich eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber dem Religionsunterricht auszubreiten. Bedeutet die Abmeldung vom Religionsunterricht für den Schüler gleichzeitig Freizeit, ist die Versuchung, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, noch zusätzlich verstärkt.

Die größten Schwierigkeiten bestehen aber nach wie vor an den berufsbildenden Schulen. Der Unterrichtsausfall liegt bei etwa 50 %. Der Nachwuchs an Lehrkräften mit einem beruflichen Fach und dem Fach Evangelische Religion ist minimal.

Anders qualifizierte Kräfte werden aber nicht eingestellt. So ist zu befürchten, daß der Unterrichtsausfall nicht vermindert werden kann.

In dieser Schulform ist überdies eine neue Schwierigkeit entstanden: Es hat sich eine Konfrontation zwischen allgemeinbildenden und berufsbezogenen Fächern entwickelt.

Prioritäten, nicht zuletzt auf Vorkhaltungen aus Kreisen des Handwerks und der Industrie, gehen stets zu Lasten des Religionsunterrichts. Wir werden Gespräche mit diesen Kreisen suchen müssen, um sie davon zu überzeugen, daß die Unterweisung gerade in diesem Fach kein antiquierter Luxus ist, sondern auf die Persönlichkeitsbildung der künftigen Mitarbeiter hohen Einfluß hat.

Gerade angesichts der dargestellten Schwierigkeiten möchte ich allen Religionslehrerinnen und -lehrern für ihren Einsatz und ihre Geduld danken.“

Von der Freiheit der Andersdenkenden

Ottfried Hennig

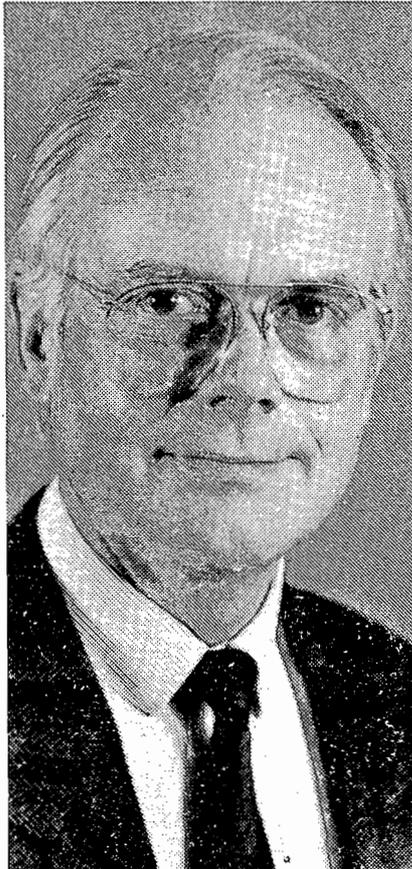
Wir können zu den menschenrechtswidrigen Vorgängen in Ost-Berlin und in der DDR nicht schweigen. Die Menschen dort beginnen einzufordern, was ihr Staat nach außen zu praktizieren beansprucht, nämlich eine Politik des Friedens, der Öffnung und des Dialogs. Falsch und kontraproduktiv wäre es darum, unsererseits nun die Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit auszusetzen. In einer Erklärung einer der kirchennahen Gruppen heißt es: „Wenn die DDR im internationalen Dialog als glaubwürdiger Partner akzeptiert werden will, wird das nur unter der Bedingung möglich sein, daß die Rechtsordnung im Innern europäischen Normen angepaßt wird.“

Um diese Anpassung geht es. Niemand kann sie der DDR abnehmen. Die Evangelische Kirche dort handelt ihrem Auftrag gemäß, wenn sie dem Verlangen der Menschen gegenüber der staatlichen Obrigkeit Gehör verschafft und ihnen in ihren persönlichen Nöten und Konflikten zur Seite steht.

Der eigentliche Skandal ist, daß auf das, was Stefan Krawczyk getan hat – nämlich nach unserer demokratischen Rechtsauffassung: nichts – in einem Teil Deutschlands Haftstrafen bis zu 12 Jahren stehen. Es geht im Kern immer wieder um das politische Strafrecht in der DDR. Von ihm bedroht ist nicht nur ein einzelner, sondern es hängt als Damoklesschwert über allen Deutschen in der DDR.

Kritische Sänger gehören nicht ins Zuchthaus, sondern für sie muß die Freiheit der Meinungsäußerung garantiert sein, auch wenn das, was sie singen, uns nicht gefallen mag. Wir meinen es ernst mit der Freiheit des Andersdenkenden.

Stefan Krawczyk steht meiner Partei in seinen politischen Überzeugungen gewiß nicht nahe. Aber



**Dr. Ottfried Hennig,
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister für
innerdeutsche Beziehungen**

meine Partei wird sich immer nachdrücklich dafür einsetzen, daß er alles, woran er glaubt, sagen kann, frei sagen oder singen kann, hüben und drüben.

Er ist zu einem Symbol geworden, aber wir sollten unsere Aufmerksamkeit nicht nur auf ihn konzentrieren. Er steht für fast tausend andere, die monatlich als Übersiedler zu uns kommen, weil sie es drüben nicht mehr aushalten. In einer solchen Situation versagt der Maßstab der Freiwilligkeit. Wer verläßt schon gerne aus völlig freiem Willen seine engere Heimat? Im Kern haben alle Übersiedler und auch alle Aussiedler das gleiche

Problem: Sie wären gerne geblieben, wenn man es ihnen möglich gemacht hätte, wenn sie daheim mit einem Mindestmaß an Menschenrechten hätten leben können.

Menschenrechten für alle Deutschen, für alle Menschen, muß unser Einsatz gelten. Gelöst und wirklich entschärft ist die gegenwärtige Krise erst dann, wenn die DDR ihre kritische Jugend anders behandelt als bisher. Sonst wird es immer wieder und zunehmend kritische Zuspitzungen geben. Der Zug der Zeit geht auf Freizügigkeit, Menschenrechte, Umweltschutz, Frieden und Zusammenarbeit, auch mit der DDR. Die Führung der DDR kann sich diesem Zug der Zeit entgegenstellen, aber sie handelt damit nicht in ihrem Interesse und schon gar nicht im Interesse der von ihr beherrschten Menschen.

„Verwerflich wie eine Gotteslästerung“

Als „verwerflich wie eine Gotteslästerung“ hat der Präsident der DDR-Sektion der internationalen Schriftstellervereinigung PEN, Professor Heinz Kamnitzer, die Beteiligung von Mitgliedern kirchlicher und unabhängiger Friedens- und Menschenrechtsgruppen an der Luxemburg-Liebnecht-Gedenkveranstaltung am 17. Januar 1988 bezeichnet. In einem vom SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ am Donnerstag veröffentlichten Kommentar schreibt Kamnitzer: „Keine Kirche könnte hinnehmen, wenn man eine Prozession zur Erinnerung an einen katholischen Kardinal oder protestantischen Bischof entwürdigt.“ Ebenso wenig zumutbar sei, sich damit abzufinden, „wenn jemand das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebnecht absichtlich stört und schändet“, heißt es in dem Kommentar.

o Versöhnung und Verständigung

Albrecht Martin

Am 28. Januar 1988 formulierten die Evangelische Kirche in Deutschland und der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik ein Gemeinsames Wort anlässlich der 1000jährigen Taufe Rußlands. Wir veröffentlichen hier die Stellungnahme des Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Albrecht Martin, MdL.

Die lange erwartete Äußerung zum Gedenken der Taufe Rußlands vor 1000 Jahren liegt nun im Gemeinsamen Wort der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vor.

Mit dem Leitgedanken „Versöhnung und Verständigung“ ist das eigentliche Anliegen dieses Wortes umschrieben: es geht darum, durch ein Begreifen des Furchtbaren, was geschehen ist, den Weg zu ebnen für eine Verständigung, die für unser aller Zukunft schlechthin lebenswichtig ist. Solches Begreifen schließt ein das Eingeständnis des Schrecklichen, das von deutschen Menschen an Bürgern der Sowjetunion getan wurde. Das gemeinsame Wort tut dies in deutlicher, dem Ernst angemessener, würdiger Weise.

Es ist gut, daß das Wort der Kirchen zu den historischen Problemen nicht Stellung nimmt. Das Eingeständnis von Schuld, das Vertrauen in Gottes Vergebung, der Entschluß zur Umkehr sind unabhängig von den Antworten, die historische Forschung auf die Frage nach Ursache, Anlaß und Wirkung geschichtlicher Abläufe geben mag. Hier wird seelsorgerlich gesprochen, und das ist gut so. Unüberhörbar freilich ist, und das ist

Teil des geistlichen Wortes, die Mahnung zu einem neuen Miteinander der Völker, zur Wachsamkeit, daß solch Schreckliches nicht nochmals sich ereignet.

Jede kritische Einwendung muß sich vor Augen halten, daß es sich um ein gemeinsames Wort der EKD und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR handelt. Wenn die evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR gemeinsam von der gemeinsamen Schuld aller Deutschen, von der gemeinsamen Haftung und von der gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft sprechen, dann wird darin Gemeinsamkeit der Deutschen sichtbar. Solche Gemeinsamkeit ist unendlich wert, und wer Fragen stellt, muß sich die Zerbrechlichkeit dieser Gemeinsamkeit vor Augen halten.

Aber kann man nicht gleiches Leiden, das Menschen auferlegt

wird, mit denselben Worten bezeichnen? Warum wurden Bürger der Sowjetunion „ermordet“, während Deutsche „umkamen“? Oder fürchtet man, daß bei gleicher Kennzeichnung man doch wieder aufzurechnen beginnt?

Und schließlich: Kann man von der Schuld der Deutschen sprechen, die sie gegenüber den Bürgern der Sowjetunion auf sich geladen haben, ohne den Nationalsozialismus als Verführungsmacht zu erwähnen? Auch hier nicht, um zu relativieren, sondern um im Blick auf die Zukunft zu erkennen, wie leicht Menschen verführbar sind, wenn totalitäre Ideologien sie beherrschen. Erinnerung wird die Wiederholung des Schrecklichen nur dann verhindern helfen, wenn sie die Augen für Ursachen des Versagens und Schuldigerwerdens öffnet.

Anmerkung: Den Text des Gemeinsamen Wortes erhalten Sie beim Kirchenamt der EKD, Herrenhäuser Straße 12, 3000 Hannover 21.

Auszüge aus dem gemeinsamen Wort:

In diesem Jahr richten sich unsere Blicke besonders auf die Menschen und die Kirchen in der Sowjetunion. Die Russische Orthodoxe Kirche gedenkt der Taufe Rußlands vor 1000 Jahren. Verbunden mit allen Christen in diesem weiten Land nehmen der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und die Evangelische Kirche in Deutschland Anteil an der Freude ihrer orthodoxen Brüder und Schwestern. Zugleich haben wir ihnen gegenüber Grund zur Dankbarkeit...

Es bleibt wahr: Deutschland hat den Krieg gegen die Sowjetunion als Eroberungskrieg begonnen und als Vernichtungskrieg geführt. Die Sowjetunion sollte als Staat ausgelöscht werden. Überheblichkeit und Rassenwahn trafen ihre Bürger. Ihnen war das Schicksal zgedacht, den Eroberern Sklavendienste zu leisten. Ganze

Gruppen von Menschen wurden systematisch ermordet...

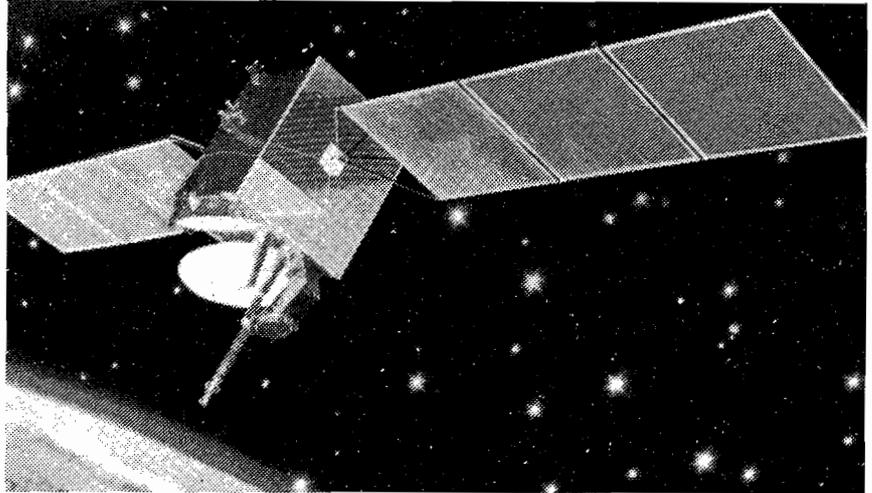
Unsere Kirchen haben damals durchweg zum Unrecht geschwiegen. Sie lehnten das System der Sowjetunion ab und meinten daher, hier andere Maßstäbe anlegen zu dürfen. Oft wurde sogar das deutsche Vorgehen gegen die Sowjetunion gebilligt...

Es bleibt wahr: Auch deutsche Menschen haben unsäglich gelitten. Viele erlitten Schaden an Leib und Seele. Unzählige sind umgekommen. Viele mußten ihre Heimat verlassen. Leid und Unrecht verstellten oft den Blick auf deutsche Schuld gegenüber den Menschen der Sowjetunion. Alte und neue Konflikte führten und verführten dazu, Schuld gegen Schuld und Unrecht gegen Unrecht aufzurechnen oder darüber zu schweigen. Das darf nicht unser Weg sein...

Möglichkeiten der Satellitenkommunikation

Werner Münch

Die neuen Medien und hier insbesondere die Satellitentechnik werden die Kulturkreise unserer Erde einander viel näher bringen als bisher. Die Fortentwicklung der Technik ermöglicht neue Formen der Kommunikation und kann den Weg zur Erfüllung individueller Bedürfnisse und Interessen eröffnen. Zur freiheitlichen Nutzung der vielfältigen Angebote gehört jedoch auch die Verantwortung mit dem Umgang der neuen Medien. Der Europaabgeordnete Prof. Dr. Werner Münch versucht im folgenden, Chancen und Gefahren der Satellitenkommunikation zu verdeutlichen.



Außerirdische Attraktionen, DFS Kopernikus, der Deutsche Fernmelde-Satellit

Gefahren der neuen Kommunikationstechniken

Familie

Die neuen Medien werden dem einzelnen Familienmitglied ein jeweils auf den individuellen Geschmack abgestimmtes Programm bieten können. Wird dies nur individuell genutzt, besteht die Gefahr einer Isolation des einzelnen Familienmitgliedes.

Der Trend – schon lange ausgelöst durch den Fernseher – führt weiterhin weg von der Familie „um den runden Tisch“ hin zu einer „Halbkreisfamilie“, die nicht mehr das Gespräch untereinander, sondern nur noch den Fernseher als Medium nutzt.

Durch die verstärkte Nutzung der neuen Medien gerade durch Kinder und Jugendliche verändern sich auch die Einflußmöglichkeiten auf Erziehung und Persönlichkeitsbildung der Heranwachsenden. Die Eltern sind in der Gefahr, Einflußmöglichkeiten zugunsten der neuen Kommunikationssysteme zu verlieren.

Ebenso besteht die Gefahr, daß Kinder durch übermäßigen Konsum der neuen Medien zu wenig eigene Lebenserfahrungen machen und damit der Sinn für die Wirklichkeit gar nicht erst erworben werden kann. Der junge Mensch braucht aber, um heranzuwachsen, in erster Linie die Erfahrung seiner eigenen Kraft, die Erfahrung seiner eigenen möglichen Bewährung. Hier geht es darum, ihm die eigenen Erlebnisse nicht zu verbauen, nicht aber sie ihm durch ein Ersatzangebot von Reizen quasi abzugewöhnen. Ein evangelischer Theologe hat es vor kurzem treffend ausgedrückt: „Der Mensch steht in der Gefahr, nicht mehr selbst zu erleben, sondern nur noch Ersatzerlebnis zu konsumieren“. Die Entfaltung der schöpferischen Kräfte gerade bei jungen Menschen ist auch deshalb so wichtig, weil sie krankhafte Entwicklungen verhindern kann. Viele dieser so stark angewachsenen psychischen Krankheiten, auch die Drogensucht, andere Formen, etwa sich nicht bewähren zu können, sich nicht angenommen zu fühlen, das Gefühl, nicht gebraucht zu sein im Leben, all dies hängt doch sehr stark damit zusammen, daß oft wenig eigene Erlebnisse gemacht werden, zu wenig selbst schöpferisch entwickelt und erfahren werden könnte.

Staat und Gesellschaft

Durch die zunehmende Bedeutung der Medien, durch die Auswahl und Darstellungsweise von Informationen entsteht die Gefahr einer Störung unserer herkömmlichen Gewaltenteilung durch eine zusätzliche Gewalt: die Medienmacht.

Verstärkt wird dieser Prozess durch den immensen Kapitalbedarf der neuen Medien, der immer stärkere Konzentrationen bis hin zur Kartellbildung befürchten läßt. (Immer weniger Menschen kontrollieren dadurch eine immer größer werdende Informationsproduktion.)

Kulturbereich

Untersuchungen zeigen, daß der Journalismus zur Anpassung an den Massengeschmack neigt. Massenprogramme sind jedoch tendenziell kulturschädlich, da sich für die einzelnen Kulturbereiche jeweils nur Minderheiten interessieren. Ebenso ist nachweisbar, daß sich aus erhöhtem Fernsehkonsum durch das rein passive Hör- und Sehverhalten Lese-, Denk-, Schreib- und Artikulationsschwächen ergeben können.

Chancen der neuen Kommunikationstechniken

Die Kommunikationstechnologien, wie z. B. audiovisuelle Medien zu neuem Lernen, können auf breiter Basis genutzt werden. Auf lokaler Ebene zeugen etliche Beispiele dafür, daß das Fernsehen in der Lage ist, Erziehung zu unterstützen. In den USA trugen Kinderprogramme wie „Sesamstraße“ so erfolgreich zum Lernen im Vorschulalter bei, daß mehr als 50 Länder der Welt diese Idee übernommen haben.

In Brasilien haben Studien gezeigt, daß das Fernsehen bei der ärmeren Stadtbevölkerung, die keinen Zugang zu Büchern hat, die Lernleistung beträchtlich erhöhen kann. Radio, Fernsehen und Satellitenkommunikationssysteme bieten hier neue Chancen zur Bekämpfung des Analphabetismus in der Welt.

Auch in Europa werden sich neue Impulse ergeben. So könnten z. B. jedem Studenten per Terminal sämtliche Bibliotheken der Welt zur Verfügung stehen. Teure, ständig neu zu bearbeitende Literatur, könnte, statt in immer neuen teuren Auflagen zu erscheinen, in Datenbanken gespeichert und jederzeit aktualisiert werden. Wissenschaft und Forschung würden so durch die erweiterte Datenverarbeitung stark von den neuen Informationstechnologien profitieren. Dies ist gerade für eine hochindustrialisierte Region wie Europa von enormer Bedeutung.

Schließlich können die neuen Medien wesentlich dazu beitragen, das Bewußtsein gemeinsamer Kultur und Geschichte in Europa zu fördern. Gerade deshalb ist auch die Neuordnung des Rundfunkwesens in Europa mittels der EG-Rundfunkrichtlinie so bedeutsam. Auch für unsere Kultur und Politik gilt der einfache Satz: „Was in der heutigen Demokratie nicht in den Medien und insbesondere nicht im Fernsehen ist, ist politisch nicht existent.“ Die Erweiterung von Informationen ist wichtig für ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, des

europäischen Bewußtseins und einer europäischen Integration. Hier kann man das einfache Gesetz formulieren:

„Die europäische Einigung wird nur erreicht werden, wenn die Europäer sie wollen. Sie werden sie nur wollen, wenn ein europäisches Bewußtsein entsteht. Dieses wird nur entstehen, wenn die Europäer entsprechend informiert werden. Soll die europäische Einigung also gefördert werden, muß Europa in die Medien eindringen.“ Jeder weiß, daß dabei in erster Linie an das Fernsehen gedacht ist.

Konsequenzen für eine aktive Gestaltung der Medienpolitik aus christlicher Verantwortung

Aufgrund dieser Gegenüberstellung von Gefahren und Chancen der neuen Kommunikationstechniken ergeben sich folgende Erkenntnisse:

Die technische Weiterentwicklung auch im Medien- und Kommunikationsbereich wird sich nicht aufhalten lassen. Insbesondere kann kein freiheitlicher Staat seinen Bürgern verbieten, z. B. mit der eigenen Parabolantenne ausländische Fernsehprogramme zu empfangen.

Eine der wesentlichen Grundaussagen der christlichen Botschaft ist: Der Mensch ist Person mit der Fähigkeit zur Freiheit und sittlicher Verantwortung.

Gerade aus christlicher Sicht sollte der Weg einer verantwortlich gestalteten Freiheit auch im Medienbereich nicht verbaut werden.

Im wissenschaftlichen und ökonomischen Bereich ist der Einsatz der neuen Kommunikationstechniken für Europa ganz unverzichtbar. Die neue Kommunikation gibt uns die Möglichkeit, unsere wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte weiter und wirksamer zusammenzufassen. Ohne schnellen und umfassenden Informationsfluß würden wir im internationalen Wettbewerb rasch zurückfallen.

Deshalb kann es nicht darum gehen, die technische Weiterentwicklung abzublocken, sondern die Entwicklung so zu gestalten, daß sie den Menschen dient. Hier ist es auch eine Frage christlicher Verantwortung, ob man sich einer so drängenden Frage stellt und den Veränderungsprozeß aktiv beeinflusst, oder ob man passiv bleibt und die Entwicklung sich selbst oder anderen überläßt.

Das Fernsehen kann, wenn es verantwortungsvoll und kritisch gehandhabt wird, zur Bewußtseinsweiterung beitragen und als Fenster zur Welt den Menschen für die Probleme und Nöte unserer Zeit sensibilisieren. Hier kommt uns die Internationalität des Satellitenfernsehens zugute. Denn die Probleme und Aufgaben, die uns in das 21. Jahrhundert geleiten, kennen keine nationalen und auch keine Systemgrenzen.

Viele Aufgaben können wir nur gemeinsam lösen. Das Bewußtsein, daß dies so ist, ist aber erste Voraussetzung für die Lösung der Probleme. Bei dieser Erweiterung des Bewußtseins leisten die neuen Kommunikationstechniken eine wesentliche Hilfestellung.

Europa bauen wir nicht, indem wir uns kommerziell und kulturell gegeneinander abschirmen, sondern indem wir uns wechselseitig bereichern und befruchten und an einem vereinten Europa in einer breiten kulturellen Vielfalt arbeiten. Es kann eigentlich keinen Zweifel daran geben, daß eine bessere Information über die anderen in Europa auch mehr Verständnis für sie bringt, eine bessere Zusammenarbeit auf allen Gebieten, eine dauerhaftere wirtschaftliche und politische Integration und damit einen dauerhaften Frieden in Europa.

Dabei sollte man sich bei der Bewertung der europäischen Medienpolitik gerade aus christlicher Sicht immer darüber im klaren sein: „Die Verheißung, daß Gott in Christus die Welt vollenden wird, bewahrt vor der Versuchung, mit politischen Mitteln eine vollkommene Gesellschaft schaffen zu wollen, und erinnert daran, daß alle Verbesserung gesellschaftlicher Verhältnisse vorläufig und gefährdet bleibt.“ (Erklärung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken „Christliche Botschaft und Politik“, 16. März 1984).

Meine Kirche – Deine Kirche – Unsere Kirche

Burkhard Budde

„Jetzt ist das Faß übergelaufen“, schimpfte ein Mann, als er eine einseitige Stellungnahme seines Gemeindepastors zu einem tagespolitischen Thema in der Zeitung las. Enttäuscht, ja verbittert trat er aus „seiner Kirche“ aus.

Wie dieser Mann haben sich schon viele über ihren Pastor, ihre Gemeinde und über Beschlüsse von Synoden geärgert. Im Faß sammelt sich einiges. Die Angriffsflächen sind zahlreich; es „menschelt“ überall, wohin man auch blickt. Dem einen ist die Kirchensteuer ein Dorn im Auge. Ein anderer behauptet, auch ohne die Institution Kirche gläubig sein zu können. Nicht wenige werfen besonders der Evangelischen Kirche „chaotische Meinungsvielfalt“ und „Politisierung“ vor. Was für den einen vorbildlich ist, kann für den anderen ein Ärgernis sein. Die Kirche erscheint häufig als ein gefährliches Gemisch von Heiligkeit und Weltlichkeit, das die Gemüter im richtigen Augenblick plötzlich erhitzt.

Und dennoch bleiben die meisten ihrer Kirche treu; es existiert sogar bei vielen ein Gefühl der Verbundenheit. Das kann nicht nur an den vielen Pastoren und kirchlichen Mitarbeitern liegen, die jeden Tag auf leisen Sohlen überzeugend ihren Dienst tun; auch nicht nur an der Macht der Gewohnheit oder der Bequemlichkeit. „Wenn ich mich über einen Freund ärgere, dann kündige ich ihm nicht sofort die Freundschaft“, begründete jemand sein Verbleiben in der Volkskirche. „Ich versuche ihn vielmehr davon zu überzeugen, sich zu ändern.“

Wer der Kirche den Rücken kehrt, nimmt sich selbst die Möglichkeit, ihren weiteren Weg zum Beispiel durch die Wahl von geeigneten Presbytern mitzubestimmen. Er trägt dann eine besondere Mitverantwortung, wenn das Tempo auf dem falschen Weg beispielsweise der einseitigen gesellschaftspoliti-

schen Stellungnahmen und der damit verbundenen Bedeutungslosigkeit beschleunigt wird. Wer dagegen in der Kirche trotz oder gerade wegen seines Unmutes bleibt, kann mutig an der ständig notwendigen Erneuerung mitarbeiten.

Viele bleiben darüber hinaus mit der Kirche verbunden, weil die Institution Kirche für sie gleichsam stellvertretend diakonisch und seelsorgerlich tätig ist. Deshalb sind sie auch bereit, Kirchensteuer zu zahlen, die mit Recht nicht selten als eine besondere Sozialsteuer angesehen wird. Wer in einem Sportverein Mitglied ist, muß selber nicht aktiver Sportler sein. Er bezahlt dennoch seinen Beitrag, da er die Ziele und Angebote des Vereins, die vor allem den Aktiven zugute kommen, grundsätzlich unterstützen will. So helfen viele wie selbstverständlich mit ihren Kirchensteuern und Spenden, das diakonische Netz abzusichern und enger zu knüpfen, ohne selbst in Erscheinung zu treten oder es in Anspruch zu nehmen. Dieser finanzielle Dienst für alle, vor allem jedoch für Schwächere und Notleidende ist zu erkennen und anzuerkennen, auch wenn die Mehrheit der Kirchensteuerzahler nicht regelmäßig am gemeindlichen Leben teilnehmen kann oder will.

Es sollte jedoch sichtbar werden, was mit den Kirchensteuergeldern geschieht. Einrichtungen wie Kindergärten und Diakoniestationen ohne ein eigenständiges und unverwechselbares kirchliches Profil und Mitarbeitern, die selbst nicht im christlichen Glauben und in der Gemeinde verwurzelt sind, betreiben einen Etikettenschwindel. Diakoniestationen z. B. dürfen sich nicht zu reinen Sozialstationen entwickeln, wenn Kirche glaubwürdig bleiben will. Eine (Neu-) Besinnung auf den Auftrag und die geistliche Mitte ist besonders dann notwendig, wenn die finanziellen Mittel geringer werden.

Viele bleiben Freunde der Kirche, weil sie kirchliche Amtshandlungen wie Taufen, Trauungen, Beerdigungen und die Konfirmation ihrer Kinder wünschen. An diesen „Knotenpunkten“ des Lebens werden seelsorgerliche Begleitung und kirchliche Sinndeutung erwartet; kann der Horizont vertieft und erweitert werden, wenn es gelingt, die ernstzunehmenden Erwartungen und die biblische Botschaft miteinander zu verknüpfen. An diesen Stellen erfährt der einzelne besonders, daß eine Gemeinschaft hilfreich sein kann und er ohne sie auf Dauer vereinsamt, sich entfremdet und erkaltet. Eine besondere Aufgabe der Institution Kirche ist es deutlich zu machen, daß auch eine Gemeinde auf den einzelnen mit seinen Gaben angewiesen ist, daß Kirche nicht ohne Gemeindeglieder lebt. Wer will schon undankbar und ichbezogen sein und einfach aufgeben, was die Eltern und Vorfahren durch die Jahrhunderte hindurch erkämpft, erlitten und aufgebaut haben?

Auch der Gottesdienst spielt bei den Freunden der Kirche grundsätzlich eine positive Rolle und zwar nicht nur am Heiligabend. Die Erwartungen sind unterschiedlich und vielfältig. In einer orientierungslosen und ratlosen Zeit ist der Wunsch nach neuen Perspektiven und neuer Zuversicht größer geworden. Die befreiende und versöhnende Kraft der frohen Botschaft von Jesus Christus kann neues Grundvertrauen schaffen, dadurch Selbst- und Fremdvertrauen ermöglichen, um sich im Alltag auf den christlichen Weg z. B. der Verantwortung vor Gott, der Wahrhaftigkeit und Liebe zu geben. Eine (Glaubens-) Bindung an den Vater Jesu bedeutet eine Befreiung von der Herrschaft der Bindungs- und Schrankenlosigkeit, die Überwindung von Feindbildern, Selbstherrlichkeit, Selbstgerechtigkeit, Neid, Angst, sowie Größenwahn, auch wenn dies langsam wachsen muß und es immer wieder Rückschläge gibt. Wer einen Gottesdienst besucht, in dem Jesus – und

kein Programm oder Text – verherrlicht wird, schwimmt zwar gesellschaftlich gegen den Strom, aber er sammelt dafür neue Quellen-Erfahrungen: Er erfährt Lebens- und Orientierungshilfe.

Freunde der Kirche zünden Lichter an, indem sie sich für Vorurteilslosigkeit und Neuanfänge einsetzen. Das ist einladender und glaubwürdiger als mit den Wölfen zu heulen, auf die „Finsternis“ allgemein und gehässig

zu schimpfen oder ihr Patent-Rezepte zu verschreiben. Es ist wirksamer, in der Kirche konstruktiv mitzuarbeiten, als außerhalb einfach zu kritisieren. Wir alle sind Kirche und leben wie diese – von der Gnade Gottes.

Solidarität mit Stahlkochern und Stahlwalzern

Erwin Ortmann

„Rheinhausen muß leben“, auch im kleinsten Bäckerladen hängt das grüne Plakat der Hoffnung. Pkw-Fahrer haben es an die Scheiben ihrer Wagen geklebt, es kündigt nicht nur von der Hoffnung, es ist ein Zeichen des Widerstandes geworden. Widerstand gegen die Herren im grauen Flanell, die von blanken Schreibtischen aus ihre Entscheidungen treffen. Was hier entschieden wird, wird auf das ganze Ruhrgebiet ausstrahlen, ja auf alle Bundesländer.

Die Krupp-Hütte am Ufer des Rheines produziert vor allem Schienen, noch wurden sie nicht als Wurfgeschosse zersägt, noch nicht als Barrikaden verwendet. „In diesen Tagen hat es nicht an Fischern im Trüben gefehlt, die zu maßlosen Reaktionen aufriefen“, so Dieter Kelp, Pfarrer in der Gemeinde Rheinhausen-Friemersheim, Sprecher des durchschlagend aktiven Bürgerkomitees. Der 50jährige Österreicher wollte das größte industrielle Ballungsgebiet Europas kennenlernen, und nun ist er schon zwölf Jahre Gemeindepfarrer.

Nicht wenige hatten gesagt, so Kelp, erst müsse was brennen, erst müsse jemand in seinem Blute liegen, bevor sich etwas ändere. Aber Vernunft und Augenmaß, Verantwortung für die Walzstraßen, für die Zukunft der Stadt, zählen noch und lassen die Waage in der Schwebe. Und alle haben mitgeholfen, Frauen und Männer, Jugendliche und Alte, Stahlwerker und Kaufleute, Betriebsräte, Bürger und Polizisten.

Die Bewegung des Widerstandes entstand nicht in den Büros der IG Metall, der politischen Parteien oder der Kirchen, die Bewegung entstand bei den Betriebsräten, den Belegschaften, den Walzwerkern. Dann kamen die Bürger, die Frauen und Kinder, Kaufleute, Rentner und Pfarrer. Das Bürgerkomitee wurde dann die Schaltstelle.

Zum Betriebsrat der Hütte hätte sich eine stehende Leitung gelohnt, schreibt Petra Kelp-Hundhausen, Mutter zweier Kinder, Pfarrfrau und Juristin. Hundertmal am Tage hätte an den Aktionstagen das Telefon geklingelt, ständig saßen andere Menschen im Arbeitszimmer, im Wohnzimmer. Der Kaffeekonsum erreichte schwindelnde Höhen. Medienleute aller Sparten gaben sich die Klinke in die Hand.

Tausende in Rheinhausen, in Duisburg, im Ruhrgebiet wußten plötzlich, was hier mit allen geschehen soll, ist Willkür. Hier soll eine ganze Stadt, eine ganze Region „plattgemacht“ werden. Innerhalb einer Woche wurden mehr als 170 000 DM für die Belegschaft gesammelt, die Vitalität des Reviers erreichte erste Höhepunkte. Zu den besetzten Brücken und Kreuzungen schleppten Familien, aktive Gruppen der reformierten Gemeinde, die EAB-Vereine und die Beauftragten der großen Hilfsorganisationen Kaffee, Milch und Brötchen. Es wuchs in dieser Stadt ein alle wärmendes Wir-Gefühl, eine demokratische Grundstimmung.

„Das ganze Revier wurde angesteckt“, sagte Pfarrer Kelp. Und weiter: „Der anhaltende Eindruck dieses Protests – im besten Sinne des Wortes, nämlich des Einstehens für das als richtig erkannte Ziel einer menschengerechten Sozial- und Wirtschaftswelt.“

„Wir brauchen für das Ruhrgebiet ein übergreifendes Bündnis aller Reformkräfte“, so das Grundbekenntnis des Pfarrers mit dem direkten Draht zum Betriebsrat der Hütte. Recht hat Dieter Kelp, ohne ein übergreifendes Bündnis wird der als notwendig angesehene Strukturwandel ein Torso bleiben. Es gibt wahrscheinlich nur diesen bisherigen Weg, der alle Bürgergruppen zusammenfaßte, die Belegschaft, die Gemeinden, die Kaufleute und Handwerker hoch motivierte und den Verantwortlichen eine agile Gegenmacht entgegenstellte. Ihr Ziel bleibt: sichert das Leben, die Arbeit, die Zukunft der Menschen im Ruhrgebiet. Es ist ein Ziel, das über die Zeiten hinweg Bestand hat.

Anmerkung: Erwin Ortmann ist Pressesprecher des Bundesverbandes Evangelischer Arbeitnehmer.



Aus unserer Arbeit

Selbsthilfe – Selbstverantwortung – Selbstverwaltung

SELSINGEN. Hört man heute den Begriff „Raiffeisen“, denkt man sofort an Genossenschaften oder ähnliche Begriffe. Daß jedoch ursprünglich einmal weit mehr dahinter steckte, wurde in zwei Referaten verdeutlicht, die vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU veranstaltet worden waren. Der Vorsitzende **Albert Rathjen** konnte zum Thema „Friedrich Wilhelm Raiffeisen“ nicht nur zwei kompetente Referenten begrüßen, sondern auch eine Reihe prominenter Ehrengäste.

Unter ihnen befand sich auch Selsingens Bürgermeister **Hans-Hermann Brandt**, der in seinem Grußwort davon sprach, daß solche öffentlichen Kreistagungen wie selbstverständlich und auch dementsprechend erfolgreich seien. Er sprach seine Hoffnungen aus, die alten Prinzipien Raiffeisens könnten auch Antworten auf heutige Probleme geben. Diese Probleme, so Brandt, bestünden darin, daß durch die Krisen in der Landwirtschaft ein intaktes Dorfleben, wie man es von früher her kenne, gefährdet sei.

Der stellvertretende Landrat und Landtagsabgeordnete **Wilhelm Brunkhorst** brachte nicht nur Grüße vom Landrat und vom Oberkreisdirektor. Auch ging er in seinen Ausführungen zurück in das Jahr 1946, wo eine Hungersnot herrschte. Im Gegensatz dazu könnte man 40 Jahre später von absoluten Überproduktionen reden. Man sei zwar heute froh darüber, daß es die Genossenschaften gebe, aber dennoch müsse die Entwicklung mit kritischen Augen gesehen werden.

Daß die heutige Wirklichkeit nicht unbedingt mehr mit den ursprünglichen Prinzipien Raiffeisens übereinstimmt, wurde durch **Klaus Petersen**, dem ersten Referenten, deutlich. Der aus Berenbostel stammende Leitende Regierungsschuldirektor a. D. trug sehr lebendig und engagiert vor, daß Raiffeisen in damaliger Zeit die Banken keineswegs als karitative Einrichtungen, sondern zur Selbsthilfe geschaffen hätte. „Eigennutz ist der Kitt, der die Vereine zusammenhält“, soll damals sein Motto gewesen sein.

Die Raiffeisenprinzipien, die auch heutzutage noch Geltung hätten, faßte Petersen unter drei Überbegriffe zusammen: Selbsthilfe – Selbstverantwortung – Selbstverwaltung. Für einen echten Genossenschaftler sei das Mit-einanderringen lebenswichtig. An qualifizierten Leuten hinsichtlich der Selbstverwaltung würde es mangeln. Die Genossenschaften als Bildungsinstrument, wie es seinerzeit Raiffeisens Absicht war, würden heute in dem Sinne kaum noch existieren. Weiterhin ermutigte er die Zuhörenden dazu, innerhalb der Versammlungen mehr Angriffsfläche zu bieten. „Heutzutage werden doch die Mitglieder in Zahlen totgeschlagen“.

Das heutige Raiffeisen-System, so mahnte Petersen weiter, würde zudem daran krankn, daß die Frauen nicht genug Berücksichtigung fänden: „Wir brauchen in unserem System neue Impulse, das weibliche Geschlecht.“

Auf Raiffeisens Ursprünge, nämlich das Reich Gottes, ging anschließend Oberlandeskirchenrat **Johannes Hasselhorn** aus Stuttgart ein. Raiffeisen habe das Reich Gottes als Zentrum des gesamten Handelns gesehen. Nur von diesem Ausgangspunkt könne der Fortschritt gedeihen. Daher seien für den Genossenschaftsgünder die Genossenschaftler zwar immer Söhne und Töchter des Fortschritts gewesen, die Genossenschaften selber jedoch Kinder der Not.

Die Hilfe, um diese Not zu beseitigen, müsse aber nicht etwa von oben, sondern von unten kommen, machte Hasselhorn klar. Für Raiffeisen sei die Menschenwürde immer das wichtigste Kriterium gewesen. Sowohl in der Politik und der Wirtschaft als auch in der Kirche müsse man daher Raiffeisen quasi als Lehrer empfehlen, um zu mehr Menschlichkeit zu gelangen.

„Wir gewinnen Fortschritt nicht in der Darstellung von Erfolgskurven“ war eines der markigen Zitate Raiffeisens, mit denen Referent Hasselhorn den Zuhörern die Position des Sozialreformers näherbrachte und damit auf das heutige Denken in der Wirtschaft anspielte.

Diskussion über Risiken der Gentechnologie

Münster. „Wie verhindern wir den Forschungsmissbrauch besonders in der Biotechnik?“ – Diese Frage stellte der Münstersche Kreisverband des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU unter Vorsitz von **Dipl. Ing. Heinz Maßmann** zur Diskussion. Für die gutbesuchte Veranstaltung hatte man neben **Dr. Friedrich-Adolf Jahn**, Bundestagsabgeordneter und Parlamentarischer Staatssekretär im Justizministerium, auch den Mediziner **Prof. Dr. Werner Schlake** gewinnen können. Beide Referenten beleuchteten das Thema sowohl von medizinischer als auch von juristischer Seite.

Prof. Schlake gab zunächst einen kurzen Überblick über den heutigen Stand der Biotechnologie. Herkömmliche biotechnische Verfahren seien schon alt. Das qualitativ Neue an der Gentechnologie sei, daß dabei Eingriffe in die Erbsubstanz vorgenommen würden, um eine bestimmte Leistung zu erreichen.

Positives Beispiel: Menschliches Insulin kann heute mittels Gentechnologie durch Bakterien erzeugt werden, eine für den Menschen enorm nützliche Erfindung.

Grenzen

Die neuen Möglichkeiten könnten sich aber auch negativ auswirken: Durch eine heute durchführbare Genomanalyse erhalte man Aufschluß über alle Erbanlagen, die ein Lebewesen ausbildet. Hier besteht, so Schlake, die Gefahr, daß Menschen „genetisch diskriminiert“ werden könnten aufgrund zukünftig auftretender Krankheiten. Hier und auch bei der Manipulation an der befruchteten Eizelle müßten deutliche Grenzen gesetzt werden.

Menschenwürde

Dr. Jahn vertrat die Meinung, daß im Hinblick auf die neue Wissenschaft die Diskussion um den Paragraph 218 „in neuem Licht“ geführt werden müsse. Daraufhin konfrontierte er die Zuhörer mit Ansichten, die unlängst auf einem Brüsseler Kolloquium zur Gentechnologie geäußert wurden. Unsere Nachbarländer gingen mit der Problematik wesentlich sorgloser um.

Die neuen Techniken dürfen, so Jahn, nicht die Menschenwürde verletzen. „Diese Möglichkeiten setzen dem Selbstbestimmungsrecht des einzelnen und der Freiheit von Wissenschaft und Forschung Grenzen.“

Recht und Gewalt

Hanau. Auf Einladung des EAK Mainz sprach Staatssekretär **Volker Bouffier** vom Hessischen Justizministerium in der Hanauer Stadthalle über das Thema „Recht und Gewalt“. Die lange vorher geplante Veranstaltung hatte durch die Ermordung der beiden Polizeibeamten Klaus Eichhöfer aus Hanau und Thorsten Schwalm aus Mühlheim beim Einsatz an der Startbahn West besondere Aktualität erlangt, und so befanden sich unter den etwa 60 Zuhörern neben **Propst Seitz** und prominenten Vertretern der Hanauer Justizbehörden besonders viele Polizeibeamte, die in Erfahrung bringen wollten, ob denn jetzt endlich etwas Entscheidendes gegen die Gewalttäter unternommen werde.

Staatssekretär Bouffier versicherte ihnen am Anfang seines Referats, daß die Landesregierung entschlossen handeln werde. Das Problem sei aber nicht durch Maßnahmen wie eine Verschärfung des Demonstrationsrechts, ein Vermummungsverbot, eine bessere personelle Ausstattung der Polizei oder ihre Ausrüstung mit Distanzwaffen usw. zu lösen.

Die Zunahme der Gewalt sei darauf zurückzuführen, daß das allgemeine Rechtsbewußtsein in einem schleichenden Erosionsprozeß zerstört worden sei. Dafür sei vor allem die permanente Mißachtung des gesetzten Rechts durch Gruppen verantwortlich, die sich gegen Entscheidungen der zuständigen demokratisch legitimierten Personen und Gremien auflehnten und unter Berufung auf ihre „höhere Einsicht“ ein Widerstandsrecht proklamierten, das mit dem im Grundgesetz verankerten Widerstandsrecht überhaupt nichts zu schaffen habe.

Am Schluß der Veranstaltung übte Propst Seitz Kritik an einigen Aussagen Bouffiers über das Verhalten evangelischer Pfarrer. Er bat den Staatssekretär um eine zurückhaltende, differenziertere Darstellung und brachte zum Ausdruck, daß er sich von einigen Äußerungen tief getroffen fühle.

Lauterkeit als Markenzeichen

Pinneberg. Nicht im Büberkostüm herumlaufen, sondern über Probleme reden, eigene Positionen näher beleuchten und nicht in Richtung politische Gegner auskeilen. So läßt sich der Kurs

des Evangelischen Arbeitskreises der CDU (EAK), Kreisverband Pinneberg, für die nächste Zeit griffig zusammenfassen.

EAK-Kreischef **Hans Bleckmann** aus Pinneberg sieht die Notwendigkeit der Diskussion über Inhalte und Positionen gerade vor dem Hintergrund der Barschel-Affäre als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung.

Bleckmann will seine Gesprächskreise wiederbeleben und Themen wie „Erneuerung – was ist das?“, „Ethik und Wirtschaftspolitik“ auf den Tisch bringen.

„Wir müssen raus aus der resignativen Phase, hinein in die offene Diskussion, wieder Positionen festzurren und Wege in die Zukunft aufzeigen“, so beschreibt er seine Vorstellungen.

Dabei helfen werden dem hiesigen EAK in Pinneberg bereits im Februar prominente Diskussionspartner wie der ehemalige Kieler Wirtschaftsminister und Pinneberger Landtagsabgeordnete Dr. Jürgen Westphal und der durch sein spektakuläres Ausscheiden aus dem Kieler Untersuchungsausschuß bekanntgewordene CDU-Politiker Trutz Graf Kerssenbrock.

„Wir müssen Wahrhaftigkeit, Lauterkeit und Offenheit sowie Fairneß und menschlichen Umgang zum Markenzeichen der CDU werden lassen“, beschreibt Bleckmann sein Ziel in der EAK-Arbeit und fügt hinzu: „Es sollte Schluß sein mit den Feindseligkeiten und den hämischen Attacken. Ob dazu aber allseits die Bereitschaft vorhanden ist, muß bezweifelt werden.“

Warum noch Religionsunterricht?

Bonn/Rhein-Sieg. Zu dieser Fragestellung hatte der EAK-Rhein-Sieg und der EAK-Bonn seine Mitglieder ins Konrad-Adenauer-Haus eingeladen. Der Schulleiter im Evangelischen Kirchenkreis an Sieg und Rhein, Herr Pfarrer **Gerhard Struwe**, hielt das Einführungsreferat, dem sich eine lebhaft diskutierte Diskussion anschloß. Pfarrer Struwe schilderte die vielen Aufgaben und Probleme, die in der Grundschule und in den weiterführenden Schulen mit dem Religionsunterricht verbunden sind. Nach seinen Erfahrungen gewährleistet das ganzheitliche Lernen in der Grundschule noch am ehesten einen lebendigen Religionsunterricht, der allerdings an die Lehrer hohe Anforderungen stellen würde. Umgekehrt führt seiner Meinung nach der kognitive Unterricht vor allem in den Gymnasien oft zu einer stofflichen Überladung der Schüler. Die Folge: Abmeldungen vom Religionsunterricht.

Die Teilnehmer, vorwiegend Eltern schulpflichtiger Kinder, berichteten aber auch von einer unzulänglichen inhaltlichen Gestaltung des Religionsunterrichtes, der nicht immer geeignet sei, die Grundlagen des Glaubens zu vermitteln. Der Schulleiter betonte, daß die Kirche wohl Einfluß auf Lehrpläne, Religionsbücher und die Fortbildung der Lehrer nehmen kann und nimmt, nicht aber auf die lehrenden Personen. Die Teilnehmer waren sich einig, daß die Glaubensvermittlung letztlich Sache der Kirche und des Elternhauses ist. Die Motivation, am Religionsunterricht teilzunehmen, müßte dort gestärkt werden.

Mitglied des EAK-Bundesvorstandes in Menschenrechtskommission berufen

Dr. Gerd Langguth, Mitglied des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, wurde vom Parteivorsitzenden der CDU, Dr. Helmut Kohl, zum Mitglied der Menschenrechtskommission der Christlich-Demokratischen Internationalen (CDI); einem Zusammenschluß von 54 Parteien aus 50 Ländern in Europa, Lateinamerika, Afrika, Asien und Ozeanien, ernannt. Langguth, Staatssekretär a. D., ist derzeit Lehrbeauftragter im Fach Politische Wissenschaft an der Universität Bonn. Helmut Kohl mißt „angesichts der Bedeutung der Menschenrechte für die Arbeit der CDI“ der Arbeit dieser Kommission „große persönliche Bedeutung“ bei. Die Menschenrechtskommission traf sich kürzlich zu ihrer konstituierenden Sitzung in Rom.

EAK und Menschenrechte

260 Teilnehmer konnte der EAK-Bundesvorsitzende, **Albrecht Martin**, am 25. 1. 1988 zum 8. „Bonner Theologischen Gespräch“ begrüßen. Zu den Gästen zählten der Ehrengast **Dr. Gerhard Schröder** und **Frau, Vertreterin der EKD** sowie zahlreiche Professoren der Bonner Universität. Prof. Dr. **Martin Brecht** aus Münster sprach über „Die Menschenrechte in der Geschichte der Kirche“.

Wer Interesse an dem Text des Vortrages hat, wendet sich bitte an den EAK der CDU/CSU, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, Tel.: 02 28/544-305

Recht und Gewalt

Hanau. Auf Einladung des EAK Main-Kinzig sprach Staatssekretär **Volker Bouffier** vom Hessischen Justizministerium in der Hanauer Stadthalle über das Thema „Recht und Gewalt“. Die lange vorher geplante Veranstaltung hatte durch die Ermordung der beiden Polizeibeamten Klaus Eichhöfer aus Hanau und Thorsten Schwalm aus Mühlheim beim Einsatz an der Startbahn West besondere Aktualität erlangt, und so befanden sich unter den etwa 60 Zuhörern neben **Propst Seitz** und prominenten Vertretern der Hanauer Justizbehörden besonders viele Polizeibeamte, die in Erfahrung bringen wollten, ob denn jetzt endlich etwas Entscheidendes gegen die Gewalttäter unternommen werde.

Staatssekretär Bouffier versicherte ihnen am Anfang seines Referats, daß die Landesregierung entschlossen handeln werde. Das Problem sei aber nicht durch Maßnahmen wie eine Verschärfung des Demonstrationsrechts, ein Vermummungsverbot, eine bessere personelle Ausstattung der Polizei oder ihre Ausrüstung mit Distanzwaffen usw. zu lösen.

Die Zunahme der Gewalt sei darauf zurückzuführen, daß das allgemeine Rechtsbewußtsein in einem schleichenden Erosionsprozeß zerstört worden sei. Dafür sei vor allem die permanente Mißachtung des gesetzten Rechts durch Gruppen verantwortlich, die sich gegen Entscheidungen der zuständigen demokratisch legitimierten Personen und Gremien auflehnten und unter Berufung auf ihre „höhere Einsicht“ ein Widerstandsrecht proklamierten, das mit dem im Grundgesetz verankerten Widerstandsrecht überhaupt nichts zu schaffen habe.

Am Schluß der Veranstaltung übte Propst Seitz Kritik an einigen Aussagen Bouffiers über das Verhalten evangelischer Pfarrer. Er bat den Staatssekretär um eine zurückhaltende, differenziertere Darstellung und brachte zum Ausdruck, daß er sich von einigen Äußerungen tief getroffen fühle.

Lauterkeit als Markenzeichen

Pinneberg. Nicht im Büberkostüm herumlaufen, sondern über Probleme reden, eigene Positionen näher beleuchten und nicht in Richtung politische Gegner auskeilen. So läßt sich der Kurs

des Evangelischen Arbeitskreises der CDU (EAK), Kreisverband Pinneberg, für die nächste Zeit griffig zusammenfassen.

EAK-Kreischef **Hans Bleckmann** aus Pinneberg sieht die Notwendigkeit der Diskussion über Inhalte und Positionen gerade vor dem Hintergrund der Barschel-Affäre als einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung.

Bleckmann will seine Gesprächskreise wiederbeleben und Themen wie „Erneuerung – was ist das?“, „Ethik und Wirtschaftspolitik“ auf den Tisch bringen.

„Wir müssen raus aus der resignativen Phase, hinein in die offene Diskussion, wieder Positionen festzurren und Wege in die Zukunft aufzeigen“, so beschreibt er seine Vorstellungen.

Dabei helfen werden dem hiesigen EAK in Pinneberg bereits im Februar prominente Diskussionspartner wie der ehemalige Kieler Wirtschaftsminister und Pinneberger Landtagsabgeordnete Dr. Jürgen Westphal und der durch sein spektakuläres Ausscheiden aus dem Kieler Untersuchungsausschuß bekanntgewordene CDU-Politiker Trutz Graf Kerksenbrock.

„Wir müssen Wahrhaftigkeit, Lauterkeit und Offenheit sowie Fairneß und menschlichen Umgang zum Markenzeichen der CDU werden lassen“, beschreibt Bleckmann sein Ziel in der EAK-Arbeit und fügt hinzu: „Es sollte Schluß sein mit den Feindseligkeiten und den hämischen Attacken. Ob dazu aber allseits die Bereitschaft vorhanden ist, muß bezweifelt werden.“

Warum noch Religionsunterricht?

Bonn/Rhein-Sieg. Zu dieser Fragestellung hatte der EAK-Rhein-Sieg und der EAK-Bonn seine Mitglieder ins Konrad-Adenauer-Haus eingeladen. Der Schulreferent im Evangelischen Kirchenkreis an Sieg und Rhein, Herr Pfarrer **Gerhard Struwe**, hielt das Einführungsreferat, dem sich eine lebhaftige Diskussion anschloß. Pfarrer Struwe schilderte die vielen Aufgaben und Probleme, die in der Grundschule und in den weiterführenden Schulen mit dem Religionsunterricht verbunden sind. Nach seinen Erfahrungen gewährleistet das ganzheitliche Lernen in der Grundschule noch am ehesten einen lebendigen Religionsunterricht, der allerdings an die Lehrer hohe Anforderungen stellen würde. Umgekehrt führt seiner Meinung nach der kognitive Unterricht vor allem in den Gymnasien oft zu einer stofflichen Überladung der Schüler. Die Folge: Abmeldungen vom Religionsunterricht.

Die Teilnehmer, vorwiegend Eltern schulpflichtiger Kinder, berichteten aber auch von einer unzulänglichen inhaltlichen Gestaltung des Religionsunterrichtes, der nicht immer geeignet sei, die Grundlagen des Glaubens zu vermitteln. Der Schulreferent betonte, daß die Kirche wohl Einfluß auf Lehrpläne, Religionsbücher und die Fortbildung der Lehrer nehmen kann und nimmt, nicht aber auf die lehrenden Personen. Die Teilnehmer waren sich einig, daß die Glaubensvermittlung letztlich Sache der Kirche und des Elternhauses ist. Die Motivation, am Religionsunterricht teilzunehmen, müßte dort gestärkt werden.

Mitglied des EAK-Bundesvorstandes in Menschenrechtskommission berufen

Dr. Gerd Langguth, Mitglied des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, wurde vom Parteivorsitzenden der CDU, Dr. Helmut Kohl, zum Mitglied der Menschenrechtskommission der Christlich-Demokratischen Internationalen (CDI), einem Zusammenschluß von 54 Parteien aus 50 Ländern in Europa, Lateinamerika, Afrika, Asien und Ozeanien, ernannt. Langguth, Staatssekretär a. D., ist derzeit Lehrbeauftragter im Fach Politische Wissenschaft an der Universität Bonn. Helmut Kohl mißt „angesichts der Bedeutung der Menschenrechte für die Arbeit der CDI“ der Arbeit dieser Kommission „große persönliche Bedeutung“ bei. Die Menschenrechtskommission traf sich kürzlich zu ihrer konstituierenden Sitzung in Rom.

EAK und Menschenrechte

260 Teilnehmer konnte der EAK-Bundesvorsitzende, **Albrecht Martin**, am 25. 1. 1988 zum 8. „Bonner Theologischen Gespräch“ begrüßen. Zu den Gästen zählten der Ehrenvorsitzende des EAK und langjähriger Bundesaußenminister **Dr. Gerhard Schröder** und Frau, Vertreter der EKD sowie zahlreiche Professoren der Bonner Universität. Prof. Dr. **Martin Brecht** aus Münster sprach über „Die Menschenrechte in der Geschichte der Kirche“.

Wer Interesse an dem Text des Vortrages hat, wendet sich bitte an den EAK der CDU/CSU, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, Tel.: 02 28/544-305

Einladung zum 8. Schloß-Burger-Gespräch

„Leben mit Aids – der Vernunft eine Chance“

Vortrag der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
Prof. Dr. Rita Süßmuth

am Freitag, dem 11. März 1988, 20.00 Uhr
5068 Odenthal-Altenberg, Haus Altenberg (Kapitelsaal)

Um Anmeldung wird gebeten:

EAK der CDU/CSU Konrad-Adenauer-Haus 5300 Bonn 1, Tel.: 02 28/544-305	CDU-Kreisverband Bahnhofstr. 10, 5270 Gummersbach 1, Tel.: 0 22 61/6 20 81
---	--

Frühjahrstagung – EAK-Mainz

Dem ungeborenen Leben eine Chance

19. März 1988, Mainz-Lerchenberg, ZDF-Kasinogebäude, 9.15 bis 17.00 Uhr

Abtreibung – eine medizinische Dienstleistung?

Dr. med. W. Furch, Chefarzt Bad Nauheim, Vorsitzender der Initiative Pro vita

Folgeschäden für die Frau

Dr. M. Simon, Klinische Psychologin, Universitätsfrauenklinik Würzburg

Aspekte aus theologischer Sicht

Oberkirchenrat M. Hinnenthal, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau,
Darmstadt

Podiums- und Plenardiskussion mit weiteren Experten

Abendgebet: Pfarrer Dieter Michaelis, Guntersblum

Anmeldung und Auskunft: EAK, Fontanestraße 87, 6500 Mainz 31,
Tel. 0 61 31/22 72 90/22 38 82 (tagsüber), 68 80 46 (abends)

Braucht die Berufsschule den Religionsunterricht?

Gespräch mit Vertretern aller Parteien, Schulfachleuten, Religionspädagogen

Samstag, den 19. März 1988, 10.00–13.00 Uhr

Ev. Gemeindehaus/Martinskirche

6552 Bad Münster a. St.-Ebernburg 1

Am Podiumsgespräch nehmen teil:

Staatsminister Albrecht Martin, Vorsitzender des EAK der CDU/CSU

Abg. F. Körper, MdL in Rheinland-Pfalz, SPD

Prof. Reisinger, bildungspolitischer Sprecher der FDP

Landeskirchenrat Dieter Boge, Ev. Kirche im Rheinland

Pfarrer M. Henke, Landesvorstand ‚die Grünen‘ in Rheinland-Pfalz

Nähere Informationen:

Schulreferent Pfarrer W. Piechota, Ringstr. 21, 6552 Bad Münster a. St., Tel.: 0 67 08/18 50

Probleme einer Ethik politischen Handelns

Vortrag des Bundesvorsitzenden
des
Evangelischen Arbeitskreises
der CDU/CSU

Staatsminister
Albrecht Martin

Montag, den 29. Februar 1988, 20.00 Uhr
Holländer Hof, An der alten Brücke,
6900 Heidelberg

Unsere Autoren:

Dr. Christean Wagner
Kultusminister des Landes Hessen
Lußenplatz 10,
6200 Wiesbaden

Prof. Dr. Hans-Dieter Bastian
Evang.-Theol. Fakultät der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-
Universität
Am Hof 1,
5300 Bonn 1

Dr. Ottfried Hennig, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
Bundesministerium für
innerdeutsche Beziehungen
Godesberger Allee 140,
5300 Bonn 2

Dr. Werner Münch, MdEP
Zur Tonkuhle 15,
2842 Lohne

Burkhard Budde
Werburger Straße 6,
4905 Spenge 1

Erwin Ortmann
Hunsrückstraße 8,
5000 Köln 60